

72 - 27.09.1997

Klarer Wortbruch

Rat protestiert gegen „Kisselwörth“-Entwicklung

m. NACKENHEIM – Per Entschließung, gefaßt in jüngster Ratssitzung, protestiert die Gemeinde gegen die Entscheidung der Bezirksregierung, den Fährbetrieb zur Insel „Kisselwörth“ mit Ausnahme zu den beiden Inselfeste zu verweigern und erinnert an die bei der Einrichtung des Naturschutzgebietes gegebenen Zusagen für den Erhalt des Fährbetriebes. Die verantwortlichen Landespolitiker werden aufgefordert, diesen Wortbruch nicht zuzulassen. Die Verwaltung wurde außerdem beauftragt, gegen den Bescheid der Bezirksregierung vom 21. Juli 1997, der eine Fährverbindung in den übrigen Zeiten untersagt, Rechtsmittel einzulegen. Für die Entschließung stimmten 14 Ortsparlamentarier von CDU, FWG und SPD. Die beiden Abgeordneten der BLN votierten dagegen.

Ortsbürgermeister Bardo Kraus erläuterte ausführlich die Entwicklung seit November 1979. Er zitierte aus dem Vollzug des Landespflegegesetzes, „daß gegen das Betreiben einer Fähre unter der Voraussetzung, daß eine zeitliche und örtliche Begrenzung eingehalten wird, keine Bedenken bestehen. Nach eingehender Erörterung wurde festgelegt, daß die Fähre in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März nicht betrieben werden darf (Zugzeit der Vögel) und die Anlegestelle

der Fähre im Einvernehmen mit der oberen Landespflegebehörde festgelegt wird“. Kraus betonte, bis 1993 habe die DLRG eine Gierfähre betrieben. Danach sollte eine wesentlich kleinere Personenfähre die Überfahrt zur Insel ermöglichen. Hierzu wurde ein Landungssteg am Ufer nötig, was die Bezirksregierung bisher verweigerte.

Kraus erklärte, die Ablehnung widerspreche in eklatanter Weise den Vereinbarungen. „Aus Sicht des Naturschutzes bin ich gegen diese Entschließung“, sagte Frieder Stauder (BLN). Im übrigen stünde, wenn die SPD vor einigen Jahren mitgezogen hätte, den Bürgern im Unterfeld ein Naherholungsgebiet zur Verfügung. Die Christdemokraten bedauerten, daß es keinen einstimmigen Beschluß gebe, hob CDU-Sprecher Heinz Hassemmer hervor. Die Insel sei zu allen Zeiten ein Stück Naherholung für die Bürger gewesen. Michael Mogk (SPD) ergänzte, es lohne sich, um die Insel zu kämpfen und appellierte an die BLN, die in ihrem Namen „Lebenswert“ trage, das Nein zu überdenken. Wenn sich die Gemeinde nicht wehre, würden bald auch die beiden Inselfeste in Frage gestellt, meinte Günter Zerbe (FWG) an. Die Aussage der Bezirksregierung sei schlichtweg eine Frechheit, bekräftigte Alfred Feist (CDU) hervor.